

D-2NEU Von Paris nach Bonn: Jetzt handeln - Klimakatastrophe verhindern, Abkommen retten!

Antragsteller*in: Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstr.), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Peter Hoffmann (KV Trier), Martin Eberle (KV Rhein-Pfalz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Fabian Ehmann (KV Mainz), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Thomas Görgen (KV Mayen-Koblenz), Stefan Boxler (KV Bad Kreuznach), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Georg Högner (KV Bitburg-Prüm), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Waltraud Blarr (KV Neustadt/Weinstr.), Jörg Gräf (KV Mainz-Bingen), Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm), Katrin Eder (KV Mainz), Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt/Weinstr.), Wolfgang Frey (KV Kusel), Rüdiger Quaer (KV Kusel), Gabi Quaer (KV Kusel), Marcel Kühle (KV Mainz), Jochen Marwede (KV Kaiserslautern), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Wolfgang Schlagwein (KV Ahrweiler), Kurt Werner (KV Neustadt/Weinstr.), Götz von Stumpfeldt (KV Mainz), Thomas Petry (KV Birkenfeld), Corinna Kastl-Breitner (KV Neustadt/Weinstr.), Tabea Rößner (KV Mainz), Uwe Diederichs-Seidel (KV Koblenz), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Christoph Fuhrbach (KV Neustadt/Weinstr.), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Wilfried Haas (KV Mainz-Bingen), Torsten Szielasko (KV Mainz), Katharina Binz (KV Mainz), Ludger Nuphaus (KV Bad Kreuznach), Jürgen Gauer;

Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle Politische Lage

- 1 Nach vielen Jahren klimapolitischer Stagnation war es 2015 gelungen, mit
- 2 insgesamt 195 Staaten ein global verbindliches Klimaabkommen abzuschließen: Im
- 3 Vertrag von Paris wurde vereinbart, den globalen Temperaturanstieg auf unter
- 4 zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur
- 5 vorindustriellen Zeit zu beschränken. Die einzelnen Staaten haben sich
- 6 verpflichtet, alle fünf Jahre über ihre Klimaschutzpläne und -erfolge zu
- 7 berichten.
- 8 Derzeit tagen in Bonn auf der COP23 die Verhandler*innen der UN-
- 9 Klimarahmenkonvention. Sie sollen ein einheitliches Regelwerk zur Bewertung und
- 10 Überprüfung der von den Vertragsstaaten zugesagten Emissionsminderungen
- 11 entwerfen.
- 12 Die bis jetzt vorgelegten Selbstverpflichtungen der Staaten würden dazu führen,
- 13 dass der Anstieg der Welttemperatur auf bestenfalls drei Grad Celsius begrenzt
- 14 würde. Jeder Staat und jede Region ist deshalb dazu aufgefordert, weit höhere
- 15 Anstrengungen zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen zu unternehmen.
- 16 Deutschlands Klimaschutzplan 2050 sieht die Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum
- 17 Jahr 2050 um 90 Prozent vor. Die aufgelisteten Maßnahmen reichen jedoch in
- 18 keiner Weise aus, um dieses Ziel zu erreichen. Auch das 2007 gesetzte Ziel, bis
- 19 2020 40 Prozent CO₂ gegenüber dem Referenzwert von 1990 einzusparen, ist kaum
- 20 noch erreichbar. Die Große Koalition hält bislang immer noch schützend ihre Hand
- 21 über die klimaschädliche Kohle.

22 Mehr und mehr Akteure erkennen aber: es ist Zeit zu handeln. Erst diese Woche
23 haben sich die Stiftung 2 Grad und ein Bündnis aus über vierzig Unternehmen und
24 Verbänden für den Kohleausstieg ausgesprochen und dazu aufgerufen, die „Chance
25 für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch eine
26 Vorreiterrolle beim Klimaschutz“ zu ergreifen.

27 Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass:

- 28 • In der kommenden Legislaturperiode die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom
29 Netz genommen werden;
- 30 • Der Ausstieg aus der Kohleenergienutzung im Einklang mit den Klimazielen
31 vollzogen wird;
- 32 • Der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben
33 wird, um 2030 100 Prozent Ökostrom zu erreichen;
- 34 • Die investitionsfeindlichen Beschränkungen, Umlagen und Abgaben für
35 erneuerbare Eigenstromnutzung abgeschafft werden
- 36 • Ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene verabschiedet wird, welches
37 sämtliche Sektoren zu substanziellen Treibhausgas-Einsparungen
38 verpflichtet, sodass die Klimaziele 2020, 2030 und 2050 erreicht werden
39 können. Die neue Bundesregierung steht dabei in der Pflicht, das zu
40 gewährleisten;
- 41 • Eine CO₂-Steuer eingeführt wird, die der tatsächlichen Umweltbelastung und
42 dem Ressourcenverbrauch entspricht;
- 43 • Die Mobilitätswende zügig vorangetrieben wird und so den Bürger*innen und
44 Bürger Möglichkeiten geschaffen werden, auch ohne eigenes Auto mobil zu
45 sein.
- 46 • alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit die Fahrzeuge der Zukunft –,
47 emissionsfrei, vernetzt und autonom – in Deutschland entwickelt und gebaut
48 werden;
- 49 • Auch im Wärmesektor gesetzliche Maßnahmen und effektive Anreize auf den
50 Weg gebracht werden, um bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu
51 erreichen

52 Wenn im Bereich Klimaschutz nicht Ergebnisse erzielt werden, mit denen die
53 Erreichung der deutschen Klimaziele möglich ist, erwarten wir, dass die
54 Sondierungsgruppe der BDK empfiehlt, keine Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Begründung der Dringlichkeit: Der Aufruf der Stiftung 2 Grad erfolgte erst nach Antragsschluss.